



1 **Antrag an den Kreisparteitag der CDU Dithmarschen am 12. September 2026**

2 **Keine Ausweitung der Parkgebührenpflicht zu Lasten von Schülerinnen,**
3 **Schülern und Auszubildenden an Bildungseinrichtungen in Dithmarschen!**

4 **Die Junge Union Dithmarschen fordert:**

- 5 • Die kommunalen Entscheidungsträger auf, von jedweden geplanten
6 Ausweitungen der Parkgebührenpflicht auf bislang kostenfreie
7 Parkflächen im Umfeld von Schulen und Bildungseinrichtungen Abstand zu
8 nehmen.
- 9 • Bei der Unvermeidbarkeit einer Gebührenerhöhung alternativ für die
10 Personengruppen Schülerinnen, Schüler sowie Auszubildende
11 kostenlose Dauerparkausweise für den Zeitraum des Schul- und
12 Ausbildungsbetriebs einzurichten.

13 **Begründung:**

14 Die Absicht der Heider Stadtverwaltung, das Haushaltsdefizit durch die
15 Einführung neuer Parkgebühren an Bildungseinrichtungen zu sanieren, geht zu
16 Lasten der falschen Zielgruppe. Schülerinnen, Schüler und Auszubildende
17 verfügen in der Regel aufgrund einfacher Erwerbstätigkeit über kein oder nur ein
18 sehr geringes eigenes Einkommen.

19 In Zeiten rückläufiger Ausbildungszahlen und teilweise sehr kleiner
20 Berufsschulklassen sollte Politik keine zusätzlichen Belastungen für junge
21 Menschen schaffen, sondern Ausbildung attraktiver machen. Wer ohnehin
22 Schwierigkeiten hat, Nachwuchs zu gewinnen, sendet mit zusätzlichen Kosten
23 für den Schulweg das falsche Signal.

24 Viele Schülerinnen und Schüler – insbesondere an Berufsbildenden Schulen –
25 unterliegen der Schulpflicht bzw. Pflichtbeschulung. Anders als bei freiwilligen
26 Angeboten besteht keine

27 Wahlfreiheit, ob der Bildungsort aufgesucht wird. Wenn zugleich keine
28 realistische ÖPNV Alternative besteht, erscheint es problematisch, für die
29 notwendige Anreise zusätzliche Gebühren zu erheben.

30 Eine tägliche Parkgebühr stellt für sie eine unverhältnismäßige finanzielle Hürde
31 dar, die den Zugang zur Bildung künstlich verteuert. Wir als Junge Union betonen:
32 Dithmarschen ist ein ländlicher Raum. Viele Jugendliche und junge Erwachsene
33 aus den Umlandgemeinden – und Umlandkreisen – sind mangels einer
34 lückenlosen und zeitlich flexiblen Taktung des öffentlichen Personennahverkehrs
35 (ÖPNV) zwingend auf das eigene Auto angewiesen, um rechtzeitig zum
36 Unterricht oder zur Berufsschule zu gelangen. Viele der auf den ÖPNV
37 angewiesenen Schülerinnen und Schüler mussten im Zuge der vergangenen



38 Busstreiks aufgrund der Tarifverhandlungen ihren Weg zur Schule kurzfristig
39 umstellen oder gar Fehlstunden erdulden. Das Auto ist hier kein Luxusgut,
40 sondern eine Notwendigkeit zur Sicherung der Mobilität im Bildungsweg.

41 Es ist staatliche und kommunale Pflicht, bestmögliche und barrierefreie
42 Rahmenbedingungen für Bildung und Ausbildung zu schaffen. Heide als
43 Kreisstadt profiliert sich maßgeblich über ihre attraktive Schullandschaft. Das
44 Haushaltsloch der Stadt darf nicht auf dem Rücken der Leistungsträger von
45 morgen ausgetragen werden. Eine solche Maßnahme ist sozial ungerecht,
46 konterkariert die Förderung des ländlichen Raums und schadet dem Ruf Heides
47 als bildungsfreundliche Mitmach-Stadt.

48

49 **Antragsteller:** Jannes Postel